

(Berichterstatter Abgeordneter Hofmann.)

(A) den Betrieben vorgestanden haben, die Arbeiten leiten müssen. Deshalb finden Sie unter den Ausgaben dieses Kapitels auch für die Jahre 1914/15 noch die Gehalte für den ersten und zweiten Betriebsdirektor und für eine Anzahl Steiger und Obersteiger. Die Regierung hofft, die Arbeiten bis zum Schlusse des Jahres 1915 beenden zu können, und gedenkt für die Etatperiode 1916/17 keinen Etat mehr für die staatlichen Erzbergwerke aufzustellen.

Namens Ihrer Deputation bitte ich Sie, antragsgemäß zu beschließen.

Präsident: Das Wort hat der Herr Staatsminister v. Seydewitz.

Staatsminister v. Seydewitz: Meine sehr geehrten Herren! Das hier vorliegende Kap. 12, staatlicher Erzbergbau, erscheint im Staatshaushalts-Etat zum letzten Male. Der Betrieb der staatlichen Erzbergwerke ist bereits Ende September 1913 eingestellt worden. Spätestens mit Ende der laufenden Periode werden auch die nötigen Aufräumungs- und Verwahrungsarbeiten vollendet sein, und damit wird der bisher wichtigste Erzbergbau Sachsens endgültig erledigt sein und aus dem Etat verschwinden.

(B) Bei der großen Wichtigkeit, die der Erzbergbau seit Jahrhunderten für Sachsen gehabt hat, und bei dem großen Interesse, das seine Einstellung allenthalben erregt hat, möchte ich heute hier einen kurzen Rückblick auf die Maßnahmen der Regierung in den letzten Jahrzehnten geben.

Wie erinnerlich, hat der sächsische Staat erst im Jahre 1886 die Freiburger Erzgruben übernommen. Damals war der Silberpreis bereits stark im Rückgange begriffen, und es bestand die Gefahr, daß die damals privaten Freiburger Gruben, die im wesentlichen auf die Einnahmen aus den Silbererzen angewiesen waren, ihren Betrieb plötzlich einstellen würden. Dies würde in der gesamten mit dem Freiburger Erzbergbau wirtschaftlich verwachsenen Gegend einen großen Notstand hervorgerufen haben. Betrug doch die Anzahl der im Jahre 1886 auf den vom Staate übernommenen Freiburger Gruben beschäftigten Bergarbeiter rund 5000 Mann, denen eine gesamte bergmännische Bevölkerung von über 14000 Personen entsprach.

Der Gedanke, der dem damaligen Ankaufe zugrunde lag, war also im wesentlichen ein sozialer. Er war darauf gerichtet, die Entstehung eines solchen Notstandes zu verhüten, und deshalb sollte der Versuch gemacht werden, durch Zusammenfassung der einzelnen Gruben und Reorganisation des Betriebes die Gruben dauernd lebensfähig zu erhalten.

Dieser Versuch ist nun leider nicht geglückt, weil der Silberpreis in einem damals völlig ungeahnten Maße weiter gesunken ist und dauernd einen Tiefstand bewahrt hat, wie er seinerzeit von niemand vorausgesehen und für möglich gehalten wurde; es ist aber, wenn auch unter Aufwendung erheblicher Mittel wenigstens gelungen, die Bergarbeiter und die am Bergbau interessierten Gemeinden trotz der nunmehr erfolgten Betriebseinstellung vor einem ernststen Notstande zu bewahren.

So lebhaft auch die Staatsregierung die Einstellung des siebenhundertjährigen, mit dem Aufschwunge von Sachsens Wohlstand eng verbundenen Freiburger Bergbaues bedauert, so ließ sich doch eine dauernde Aufrechterhaltung dieses erhebliche Zuschüsse erfordernden Betriebes, zumal auf eine Steigerung des Silberpreises in absehbarer Zeit nicht mehr zu rechnen ist, im Interesse der allgemeinen Staatsfinanzen nicht weiter verantworten.

Insgesamt sind für den Freiburger staatlichen Bergbau seit 1886 bis Schluß 1913 rund 44 Millionen Mark aufgewendet worden. Rechnet man auch hiervon noch die von den staatlichen Hüttenwerken in demselben Zeitraume erzielten Überschüsse von rund 24 Millionen Mark ab, was in gewissem Sinne zulässig erscheint, so verbleibt trotzdem noch für die Freiburger staatlichen Gruben und Hütten zusammen die erhebliche Verlustsumme von ca. 20 Millionen Mark.

Unter diesen Umständen wird es jeder verstehen, daß der Betrieb trotz aller alten und schönen Erinnerungen, die mit ihm verknüpft sind, nicht aufrechterhalten werden konnte.

Der Beschluß, den staatlichen Freiburger Bergbau endgültig einzustellen, ist bereits im Jahre 1903 gefaßt worden. Der Zeitpunkt der Einstellung wurde aber, wiederum aus Rücksicht auf die Mannschaft und die Gemeinden, auf 10 Jahre später festgestellt. In dieser Zeit wurde der Mannschaftsbestand allmählich verringert. Ende des Jahres 1913 betrug er nur noch 221 Mann. Diese werden in den Jahren 1914/15 zur Ausführung von Verwahrungsarbeiten noch beschäftigt und nur nach und nach abgelegt werden. Für besondere Notstände stehen für zu entlassende Arbeiter Reviermittel zur Verfügung.

Die Anzahl der am Schlusse 1913 noch vorhandenen Beamten betrug 40. Im Laufe der Finanzperiode 1914/15 werden diese, soweit sie nicht in Pension gehen, anderen Staatsverwaltungen zu überweisen oder in Wartegeld überzuführen sein.

Durch die weitere Hinausschiebung des Einstellungszeitpunktes wurde aber auch den beteiligten Gemeinden hinlänglich Zeit gelassen, an Stelle des eingehenden